



Navis: Nationalräte fordern staatliche Routenführung

BERN Sollen Navis temporär gesperrte Strassen anzeigen müssen? Ja, so Nationalrat Candinas.

An der anstehenden Sondersession berät das Parlament über einen Vorstoss ihrer Verkehrs-kommission: Navisysteme sollen angeordnete Strassen-sperrungen künftig stets zeigen.



Vertreten wird die Motion von Mitte-Nationalrat Martin Candinas. «Es geht um Sicherheit und es geht um den Schutz der Bevölkerung in den betroffenen Dörfern», erklärt er. Denn heute weiche viel Verkehr von den Hauptverkehrsachsen auf die Dörfer aus. Auch Navisysteme hätten eine Teilschuld – oft würden diese den Verkehr auf Nebenstrassen und auf Strassen leiten, die temporär für den Durchgangsverkehr von den Behörden gesperrt wurden. Durch eine Pflicht, temporäre Sperrungen in die Navis einzutragen, könne der Gesamtverkehr besser reguliert werden, betont Candinas.

Der Bundesrat ist gegen die Motion. Er sagt, es liege ohnehin im Eigeninteresse der Anbieter, die Sperrungen anzuzeigen. Die Vorschrift müsste

zudem für Anbieter von Systemen gelten, die in neuen, älteren oder ausländischen Fahrzeugen installiert sind – auch für Anbieter von Online-Apps für mobile Geräte müsste die Vorschrift gelten. Besonders für internationale Anbieter und ausländische Fahrer sei eine solche Vorschrift rechtlich nur schwer umsetzbar.

FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen argumentiert, bis die Sperrung über den Behördenweg im System dann abgebildet würde, vergehe zu viel Zeit. «Die aktuellen Daten der Navis sind viel besser als eine sture Verbotspolitik.» Für SP-Nationalrat David Roth ist es dagegen der einzig logische Schluss: «Wir müssen Navianbieter dazu verpflichten, um die Bevölkerung vor dem Schleichverkehr zu schützen.» **BOD**